

Die Richtung stimmt

Kreistag verabschiedet einstimmig den Haushalt

VON ROBERT GERNER

LANDKREIS ROTH – Gut austariert, stabil, nachvollziehbar. Wie bereits gestern kurz berichtet, hat der Rother Kreistag den Haushalt 2015 abgesegnet. Es war ein einstimmiger Beschluss, der eines verdeutlicht: Es mag mitunter kleine Unterschiede in Detailfragen geben. Grundsätzlich marschieren aber alle Fraktionen in dieselbe Richtung.

135,25 Millionen Euro hat Kreiskämmerer Jürgen Lafère im nächsten Jahr zur Verfügung. 110,65 Millionen im Verwaltungshaushalt, aus dem die laufenden Ausgaben bestritten werden; 24,6 Millionen Euro im Vermögenshaushalt, in dem die neuen Investitionen aufgelistet sind. Da stehen in den nächsten Jahren große Dinge auf der Agenda.

Die Weiterentwicklung der weiterführenden Schulen (Gymnasien, Realschulen, Berufsschulen, Förderzentrum) ist seit jeher einer der Schwerpunkte des Landkreises. Kaum ist die Sanierung der Realschule Hilpoltstein so gut wie abgeschlossen, geht es im kommenden Jahr mit dem Teilneubau und der Generalsanierung des Gymnasiums Hilpoltstein in die Vollen. Bis zu 25 Millionen Euro sollen hier in den nächsten fünf Jahren ausgegeben werden. Sechs bis acht Millionen Euro wird die Erweiterung des noch jungen Gymnasiums Wendelstein in den Jahren 2015/16 kosten. Ab 2017 wird sich der Fokus dann auch auf das Gymnasium Roth richten.

Millionen für den Tiefbau

Auch in den Straßenbau fließen im nächsten Jahr wieder Millionen. Die Kreisstraße RH 1 von Rednitzhembach nach Schwand erhält einen Geh- und Radweg. Das ist besonders

aufwändig, weil sowohl B2 wie Main-Donau-Kanal überquert werden müssen. Sehr wahrscheinlich ist auch die Fortsetzung der Arbeiten an der Kreisstraße RH 4 von Neumühle in Richtung Kammerstein.

Dass im Haushalt 2015 erstmals seit einigen Jahren die „Schwarze Null“ verfehlt wird, dass der Landkreis also mehr neue Schulden macht als alte Verbindlichkeiten abbaut, hat vor allem einen Grund: Die Erweiterung des boomenden Wendelsteiner Gymnasiums muss relativ kurzfristig eingeschoben werden. Sie war bislang in keiner Finanzplanung berücksichtigt. Unter dieser Investition sollen aber weder die anderen Schulen in Form von längeren Wartezeiten noch die Gemeinden in Form eines höheren Kreisumlagensatzes leiden. Also muss das Geld die Kreditwirtschaft vorstrecken, zumindest zum Teil.

Weit unter Landesschnitt

Für allzu große Aufregung hat das im Kreistag aber nicht gesorgt. Denn erstens ist fremdes Geld derzeit so billig wie nie zuvor. Die Zinsbelastung für die anvisierten zusätzlichen sechs Millionen Euro 2015 (bei gleichzeitigem Abbau von 3,2 Millionen Euro an alten Schulden) wird sich also in Grenzen halten.

Darüber hinaus liegt die Verschuldung des Landkreises weit unter dem Landesschnitt. Aktuell steht er mit 16,5 Millionen Euro in der Kreide, das sind gut 130 Euro pro Einwohner. In der mittelfristigen Finanzplanung könnte die Verschuldung bis 2016 auf 25,5 Millionen Euro steigen, wahrscheinlicher ist aufgrund der positiven Entwicklung in diesem Jahr aber ein Wert unter 23 Millionen Euro. So oder so: Trotz großer Investitionen wird der Kreis nicht mehr die Rekordwerte der Jahre 2000



Bis zu 25 Millionen Euro sollen in den nächsten fünf Jahren ins Gymnasium Hilpoltstein investiert werden.

Foto: Klier

bis 2004 erreichen, als die Verschuldung bei weit über 30 Millionen Euro gelegen war.

Für die größten Diskussionen im Rahmen der Haushaltsberatungen sorgt alljährlich die Festsetzung des Kreisumlagensatzes. Das ist jener Anteil, mit dem die kreisangehörigen Gemeinden den Landkreis finanzieren. Denn der hat, anders als die Gemeinden, anders als Land und Bund, keine eigenen Steuereinnahmen.

Seit diesem Jahr liegt der Umlagensatz im Landkreis bei 48,9 Prozentpunkten. Daran wird 2015 nicht gerüttelt. Und das, obwohl die Bezirksumlage, also jener Betrag, mit dem Landkreise und kreisfreie Städte den Bezirks Mittelfranken, finanzieren, leicht angehoben wor-

den ist. Das hat bereits vergangenen Freitag bei den Haushaltsberatungen in Schwabach für heftige Kritik gesorgt, und auch im Rother Kreistag hielten sich die Begeisterungstürme in engen Grenzen. Landrat Herbert Eckstein präsentierte eine Tabelle, aus der hervorgeht, dass dem Landkreis 2015 von der (deutlich gestiegenen) Kreisumlage weniger bleibt als vor fünf Jahren, weil ein immer größerer Anteil an den Bezirk abfließt.

Die für Normalbürger immer etwas abstrakt anmutende Diskussion um den Kreisumlagensatz ist seiner überaus großen Bedeutung für den Kreishaushalt geschuldet. Denn 48,9 Hebesatzpunkte bedeuten für den Landkreis im nächsten Jahr Einnahmen von 52,9 Millionen Euro – der mit Abstand größte Posten. Hin-

zu kommen vor allem Einnahmen aus der laufenden Verwaltung (31,8 Millionen) und aus Steuerbeteiligungen und Zuweisungen (24,4 Millionen Euro).

Auf der anderen Seite sind die größten Ausgabeposten die Bezirksumlage (26,2 Millionen), die Sozialen Sicherungssysteme (25,5 Millionen) und die Personalkosten (17,3 Millionen).

Immerhin: Im Verwaltungshaushalt kann Kämmerer Lafère einen Überschuss von 8,7 Millionen Euro erwirtschaften. Damit lässt sich im investiven Vermögenshaushalt schon einiges bewegen.

Der Kreistag verabschiedete den Haushalt einstimmig (*dazu auch ein Bericht mit den Stimmen der Fraktionen*).

VON ROBERT GERNER

Einstimmige Beschlüsse bei Haushaltsberatungen im Rother Kreistag sind in den vergangenen Jahren eher die Regel denn die Ausnahme. Soviel Harmonie wie in diesem Jahr war aber selten. Die Stimmen zum Haushalt.

LANDKREIS ROTH – Udo Weingart (CSU) war mit dem Haushaltsentwurf rundum zufrieden. Mit den Investitionen in Schulen und in die Verkehrsinfrastruktur würden die Zukunftsaufgaben angepackt. Das könne man sich jetzt auch noch leisten. Allerdings warnte der Sprecher der Christosozialen, dass die Jahre der dicken Einnahmesteigerungen im kommunalen Bereich allmählich zu Ende gehen. „Die wirtschaftliche Lage wird sich ein wenig eintrüben, gleichzeitig wachsen die Aufgaben und Ausgaben im sozialen Bereich.“

Bei den Kämmerern in den 16 kreisangehörigen Gemeinden gebe es die ersten Sorgenfalten. In der Hälfte der Gemeinden werde 2015 die Steuerkraft nicht mehr steigen, sondern sinken. Das bekomme mittelfristig auch der Landkreis zu spüren.

Deutlich kritisierte Weingart, der auch Bürgermeister in Spalt ist, den höheren Kreisumlagensatz. „Diese Erhöhung war für mich enttäu-

Ein faires Angebot ohne Ideologie

Die Stimmen zum Haushalt 2015 des Landkreises Roth — Kritik nur von den Grünen

schend.“ Weingart mahnte, den ländlichen Raum zu stärken. Die strukturelle Entwicklung müsse man im Auge behalten. Die Befürchtung des CSU-Sprechers: Die Schere zwischen den reicheren und den ärmeren Gemeinden geht immer weiter auseinander.

Sehr wohlthuend

Rundum zufrieden mit dem Kreishaushalt war **SPD-Fraktionschefin Christine Rodarius**. Die Richtung stimme, Gemeinden und Landkreis seien gut unterwegs. Dass es in diesem Jahr keine „ideologiegewängerten Diskussionen“ um die Kreisumlage gegeben habe, habe sie als sehr wohlthuend empfunden.

Ähnlich wie Udo Weingart kritisierte sie die Haushaltsberatungen im Bezirk Mittelfranken. „Während auf den unteren Ebenen die Lasten fair verteilt werden, langt der Bezirk noch einmal zu.“

Den Kreishaushalt 2015 nannte die Hilpoltsteinerin ein „Kursbuch für eine erfolgreiche Entwicklung des Landkreises“ und ein „faires Angebot an die kommunale Familie.“

Ein besonderes Lob hatte sie für das lokale Engagement für Flüchtlinge parat. Das galt für die Verwaltung, aber auch für die Helferkreise. „Das Ehrenamt ist die eigentliche Herzkammer unserer Gesellschaft.“

Hermann Kratzer von den Freien Wählern war mit dem Kreishaushalt ebenfalls zufrieden. Dem Bezirk warf er dagegen „Selbstbedienungsmentalität“ vor. Ohne den Kampf der Freien Wähler wäre die Bezirksumlage wohl noch stärker gestiegen als „nur“ um 0,2 Prozentpunkte (was für den Landkreis Roth 216000 Euro zusätzliche Ausgaben ausmacht). Im Landkreis gehe man dagegen mit „Weitblick und Fingerspitzengefühl“ voran.

Niedrigere Gebühren

Der Gredinger erinnerte daran, dass man mit der Senkung der Müllgebühr die Haushalte um rund eine Million Euro entlaste. „Für den einzelnen Bürger ist das vielleicht nicht viel, aber es ist ein Zeichen.“

Ähnlich wie Udo Weingart machte sich Kratzer Sorgen um die sehr unterschiedliche Entwicklung der Gemein-

den im Landkreis. „Vielleicht brauchen wir da irgendwann eine Art internen Finanzausgleich, in welcher Form auch immer.“

Kritischere Töne als seine Vorredner schlug **Wolfgang Scharpff (Bündnis 90/Die Grünen)** an. So sehr seine Fraktion den Bau von Geh- und Radwegen unterstütze, so ambivalent sehe man den weiteren Ausbau der Kreisstraßen, „die mit jeder Sanierung etwas breiter werden“. Der Flächenverbrauch im Tiefbaubereich sei nach wie vor enorm. „Jedes Jahr rationalisieren wir damit die Bewirtschaftungsfläche eines landwirtschaftlichen Betriebs weg“, so der Fraktions-sprecher der Grünen, der gleichzeitig stellvertretender Bürgermeister in Schwanstetten ist. „Wer Straßen baut, wird Individualverkehr ernten“, betonte Scharpff und erinnerte an das Ziel des Kommunalen Energie-Entwicklungskonzepts, laut dem man eigentlich bis 2030 rund 30 Prozent des auf der Straße anfallenden CO₂-Ausstoßes einsparen wolle.

Trotzdem trugen die Grünen den Haushalt mit. Weil er mit Investitio-

nen in Bildung die richtigen Schwerpunkte setze und weil im sozialen Bereich viel geholfen werde. „Dafür meinen herzlichen Dank an die Mitarbeiter der Landkreisverwaltung“ so Scharpff. Vor einigen Wochen im Kreisausschuss hatte sich der Grünen-Sprecher noch eine verbale Watschn von der CSU eingefangen, weil er kritisiert hatte, dass die für die Betreuung der Asylbewerber zuständigen Fachleute nicht immer telefonisch zu erreichen sind.

Wie immer fiel die Kommentierung des Haushaltes von **FDP-Sprecher Max Netter** betont unaufgeregt aus. Ohne Erhöhung des Kreisumlagensatzes könne man große Investitionen stemmen. Die Erhöhung der Bezirksumlage sei nicht schön. „Aber wir werden sie überleben“, so der frühere stellvertretende Landrat. Die steigenden Schulden seien ebenfalls kein Beinbruch, „auch wenn sie den Kämmerer wurmen“. Den Prognosen mancher Experten, die in Deutschland eine Abkühlung der Konjunktur voraussagen, glaubte Netter nicht. „Die Wirtschaft wird sich weiter gut entwickeln und damit auch die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden“, sagte der Unternehmer aus Obermässing voraus. „Die Wirtschaftswesen waren mit ihren Vorhersagen meist danebengelegt.“

Tempo 30 im ganzen Dorf

Beschluss des Stadtrates trotz Bedenken der Polizei

ABENBERG/EBERSBACH – Ganz Ebersbach soll Tempo-30-Zone werden. Das hat der Abenberger Stadtrat auf Antrag aus der Ebersbacher Bürgerversammlung beschlossen. Ob der Beschluss aber mit der Straßenverkehrsordnung in Einklang steht, ist zweifelhaft.

Der Antrag der Ebersbacher geht auf eine Initiative der neuen Ortsbeauftragten Bettina Jäckel zurück. Sie hat eine Umfrage im Dorf gestartet und viel Zustimmung geerntet. In der Bürgerversammlung im November hatten die Ebersbacher dann beantragt, im gesamten Ort auf „Tempo-30“ umzustellen.

Es gebe regelmäßig Versuche, an den Fahrbahnseiten an den Ortseingängen „neue Geschwindigkeitsrekorde aufzustellen“, berichtete die Ortsbeauftragte in der Sitzung des Stadtrates. Die Straßenführung sei unübersichtlich, der Spielplatz grenze direkt an die Straße. Es gebe kaum Gehwege, sodass sich Fußgänger sehr oft auf der Straße befinden, auch Schulkinder, die auf den Bus warten.

Die Mitglieder des Stadtrates überzeugte das mit nur einer Ausnahme (Jürgen Link/SPD). Einer der Zuhörer war aber ausgesprochen skeptisch. Und das war nicht irgendjemand: Der frühere Stadtrat Gerhard Rock ist Ver-

kehrssicherheitsbeauftragter der Polizei für den gesamten Landkreis. Zur Sitzung hatte er die Straßenverkehrsordnung mitgebracht. Rock war sich sicher, dass ein solcher Beschluss des Stadtrates durch diese Straßenverkehrsordnung nicht gedeckt ist. Der Stadtrat habe es versäumt, vor der Entscheidung die Polizei zu hören.

Dem Beschluss, da war sich Rock sicher, werde zudem keine verkehrsrechtliche Anordnung folgen. Und ohne verkehrsrechtliche Anordnung seien die Tempo-30-Schilder im Prinzip wertlos. „Denn es wird in 1000 Jahren keinen geben, der die Einhaltung der Geschwindigkeit überwacht, weil der Beschluss nicht gesetzeskonform ist“, so der Verkehrsexperte.

Auch die Einschätzung der Ebersbacher, dass die Ortsstraßen gefährlich sind und Unfälle provozieren könnten, teilte Gerhard Rock nicht. „Ich habe extra noch einmal nachgeschaut. In den vergangenen fünf Jahren hat es einen Unfall wegen einer Vorfahrtsverletzung gegeben.“ Da könne man nicht von einem Unfallschwerpunkt sprechen.

Die Stadtratsmitglieder bleiben allerdings bei ihrem „Ja“ zum Ebersbacher Antrag. Bürgermeister Werner Bäuerlein will die Formalien mit den Aufsichtsbehörden besprechen. Ausgang? Offen. *rog*

Nachverdichten statt Neubaugebiet

Platz für sechs Häuser in Abenberg

ABENBERG – „Nachverdichtung statt Neubaugebiet“ heißt in nächster Zeit das Motto der Abenberger Baupolitik. Ein erster Schritt dazu ist die Aufstellung eines neuen Bebauungsplans „Am Steig“. Der Stadtrat stellte dazu in der letzten Sitzung des Jahres die Weichen.

Es geht um ein knapp 3400 Quadratmeter großes Grundstück am Rande der Altstadt neben der Spalter Straße. Dort hatte früher die inzwischen ins Gewerbegebiet ausgesiedelte Firma Deutsche ihren Sitz. Das Grundstück soll in sechs Parzellen aufgeteilt werden, jede zwischen 450 und 640 Quadratmeter groß. Für die sechs Einfamilienhäuser kann man vergleichsweise schnell Baurecht schaffen. „Beschleunigtes Verfahren“, heißt das offiziell.

Die mit der Planung beauftragte Firma Klos (Spalt) kann sich nach Rücksprache mit Kreisbaumeister Ralph Möllenkamp eine sehr abwechslungsreiche Bebauung mit ganz unterschiedlichen Dachformen vorstellen. Die Einzelheiten sollen im Bauausschuss geklärt werden.

Hintergrund der Nachverdichtung im Kernort ist die stetige Nachfrage junger Familien nach Baugrund. Seit 2013 hat Abenberg seinen Bevölkerungsrückgang gestoppt und ist wieder auf Wachstumskurs. *rog*

Gebühren für Abwasser sinken

Ab 1. Januar 2015 in Abenberg

ABENBERG – Solche Änderungen beschließt man als Stadtratsmitglied gerne. In großen Teilen von Abenberg und seinen Stadtteilen sinkt ab Januar die Abwassergebühr.

In den vergangenen Monaten wurde im Rathaus neu kalkuliert, und die Ergebnisse sind für die Bürger einigermaßen erfreulich. Für Abenberg, Kleinabenberg, Obersteinbach, Dürrenmungenau, Ebersbach und Kapsdorf sind ab Januar 2015 nur noch 2,29 statt 2,39 Euro pro Kubikmeter zu berappen. In Bechhofen verringert sich die Einleitungsgebühr sogar um über 15 Prozent von 2,03 Euro auf 1,70 Euro pro Kubikmeter. Unverändert bleiben die Preise für Wassermungenau (1,16 Euro pro Kubikmeter) und Beerbach (1,67 Euro).

Nach wie vor hat Abenberg für verschiedene Kläranlagen vier unterschiedliche Abwassergebühren. Ähnliches gilt für die Versorgung mit Frischwasser. Die Stadt selbst beliefert nur den Kernort Abenberg. Hier bleiben die Preise unverändert (1,23 Euro pro Kubikmeter zuzüglich Grundgebühr für den Wasserzähler).

Die westlichen Abenberger Stadtteile erhalten ihr Wasser von der Reckenberggruppe. Die östlichen Stadtteile werden von der Heidenberg-Gruppe versorgt. *rog*

KURZ BERICHTET

Donnerstag letzte Chance

LANDKREIS ROTH – Der Kreisjugendring (KJR) Roth teilt mit, dass die KJR-Geschäftsstelle von Montag, 22. Dezember, bis einschließlich 7. Januar geschlossen ist. Die letzte Möglichkeit, reservierte Geräte vor den Weihnachtsferien abzuholen, ist der Donnerstag, 18. Dezember. Während der Ferien sind sowohl Abholung als auch Rückgabe von KJR-Geräten nur am Dienstag, 30. Dezember, 9 bis 12 Uhr, möglich.

Drei Jugendbeauftragte

ABENBERG – Ein gutes halbes Jahr nach der Kommunalwahl hat der Abenberger Stadtrat nun sein Team der Jugendbeauftragten zusammen. Regina Wenning (Freie Wähler) und Thomas Riepel (SPD) hatten schon vor einigen Monaten den Finger gehoben. Die Dreier-Riege komplettiert nun Benjamin Rock von der CSU.

Neue Projekte fördern

ABENBERG – 750 000 Euro hat die Stadt für die Städtebauförderung 2015 angemeldet. Welche Projekte tatsächlich angepackt werden, wird allerdings erst im Zuge der Haushaltsberatungen im Frühjahr festgelegt. Seit Jahren oben auf der Agenda steht das öffentliche WC in der Altstadt.